

Von: [Nicolas Geiger Büro MdB Burkhard Lischka](#)
An: antwort@rentenpolitikwatch.de
Thema: Antwort Lischka
Datum: Freitag, 13. Mai 2016 10:58:45
Anlagen: [Rentenpolitikwatch.pdf](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei übersende ich Ihnen die Antworten von Herrn Lischka zu Fragen bezüglich ‚Rente‘.

Mit freundlichen Grüßen

Nicolas Geiger

Nicolas Geiger

- Büroleiter -

Büro Burkhard Lischka, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus 1.362

Tel.: 030/ 227 71909

Fax: 030/ 227 76908

E-Mail: burkhard.lischka.ma01@bundestag.de



Burkhard Lischka

Mitglied des Deutschen Bundestages
Innenpolitischer Sprecher
Obmann im Parlamentarischen Kontrollgremium
Staatssekretär a.D.

Burkhard Lischka, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

RENTENPOLITIK-WATCH
c/o DGB Region KERN
Legienstr. 22
24103 Kiel

Berlin, 13. Mai 2016

Burkhard Lischka, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 1.331
Telefon: +49 30 227-71908
Fax: +49 30 227-76908
burkhard.lischka@bundestag.de

Wahlkreisbüro Magdeburg:

Bürgerstraße 1
39104 Magdeburg
Telefon: +49 391-50965475
Fax: +49 391-50965476
burkhard.lischka@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Wernigerode:

Breite Straße 84
38855 Wernigerode
Telefon: +49 (0) 3941-56 86 92
Fax: +49 (0)3941-56 86 61

Antworten RENTENPOLITIK-WATCH-Fragen zu rentenpolitischen Zielen

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihre Fragen vom 11. April 2016. Zu diesen möchte ich Ihnen wie folgt antworten möchte:

1. Lebensstandard im Alter sichern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Teilweise: Um die Herausforderung des demografischen Wandels für die Alterssicherung bewältigen zu können, müssen wir die Lasten gerecht zwischen den Generationen und verschiedenen Formen der Finanzierung verteilen. Deshalb brauchen wir gleichermaßen eine Stärkung der ersten Säule, der umlagenfinanzierten gesetzlichen Rente (inklusive einer Stabilisierung der Rentenversicherung mit Hilfe zusätzlicher Steuermittel) und eine möglichst flächendeckende kapitalgedeckte betriebliche Altersvorsorge (stärkere Organisation durch die Sozialpartner und Einbeziehung der Geringverdiener). Ein Rentenniveau wie vor 1990 werden wir allenfalls auf Basis dieser beiden Säulen der Alterssicherung wieder erreichen können.

2. Altersarmut verhindern: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?



Ja: Das sinkende Rentenniveau ist nur eine von vielen Ursachen für Altersarmut. Vor allem brüchige, unstete Erwerbsbiographien (Phasen der Arbeitslosigkeit, nicht abgesicherte selbstständige Tätigkeiten etc.) und das Armutsrisiko Niedriglohn sind Gründe. Deshalb müssen wir auch an unterschiedlichen Stellen ansetzen, um Altersarmut zu verhindern.

Es gilt der Zusammenhang: Gute Arbeit, gute Löhne, gute Rente.

Deshalb haben wir den gesetzlichen Mindestlohn eingeführt. Deshalb versuchen wir die Tarifbindung wieder zu stärken. Deshalb verbessern wir die Bedingungen für gleiche Teilhabe von Frauen am Arbeitsleben. Deshalb stärken wir in dieser Legislaturperiode das Prinzip gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für Frauen und Männer ebenso wie in der Leiharbeit.

Aber auch in der Rentenpolitik wurden und werden in dieser Legislaturperiode wichtige Schritte zur Bekämpfung von Altersarmut unternommen. Dies gilt für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, für die Stärkung von Prävention und Rehabilitation und für die im Koalitionsvertrag verabredete Einführung der solidarischen Lebensleistungsrente. Damit werden kleine Rentenanwartschaften durch Steuermittel aufgewertet.

3. Erwerbstätigenversicherung: Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja: Als Sozialdemokraten setzen wir uns für eine möglichst umfassende Einbeziehung aller Beschäftigten in die sozialen Sicherungssysteme – also auch in die Rentenversicherung – gemäß dem Konzept einer Erwerbstätigenversicherung ein. Das kann allerdings nur schrittweise gelingen.

Denn zum einen ist das Berufsbeamtentum in Deutschland verfassungsrechtlich geschützt. Zum anderen hat die gesetzliche Rentenversicherung in der Vergangenheit bestimmte Gruppen von Selbständigen und Freiberuflern nicht einbezogen, weshalb sich in vielen Berufen berufsständische Versorgungswerke gegründet haben. Deshalb sollten wir den Fokus in erster Linie auf die Einbeziehung von Selbständigen in die gesetzliche Ren-



tenversicherung richten, die nicht in einem berufsbezogenen Versorgungswerk pflichtversichert sind. Daneben sollten neue Beamtenverhältnisse nur in solchen Bereichen entstehen, in denen das unbedingt notwendig ist: Justiz, Polizei, Justizvollzug. Beispielsweise Lehrer/innen oder Professoren/innen müssen nicht unbedingt Beamte sein.

4. Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken: Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der gRV umgeleitet werden?

Ja: Versicherungsfremde Leistungen und gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind konsequent und vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. Hierbei sind wir in Regierungsverantwortung der SPD auch bereits große Schritte vorangekommen.

Zur Finanzierung versicherungsfremder Leistungen, die im Rahmen der deutschen Einheit entstanden sind, hat Rot-Grün Steuermittel aus der Ökosteuer bereitgestellt. Dennoch gibt es hier weiterhin eine Finanzierungslücke, insbesondere für die Anerkennung von Kindererziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder (Mütterrente). Diese Lücke muss geschlossen werden. Damit kann auch das Rentenversicherungssystem insgesamt stabilisiert werden.

Dennoch bedarf es auch weiterhin einer zweiten kapitalgedeckten Säule der Alterssicherung, für die auch eine Förderung vor allem für Geringverdiener erforderlich ist. Diese sollte stärker auf die betriebliche Altersversorgung ausgerichtet und zielgenauer ausgestaltet werden.

5. Rentenpolitische Fehler korrigieren: Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?



Teilweise: Rentenpolitische Entscheidungen der Vergangenheit müssen immer wieder auf den Prüfstand gestellt werden. Denn die Anpassung und Weiterentwicklung unseres Systems der Alterssicherung ist eine ständige Aufgabe der Politik.

Das Problem der Zwangsverrentung von Hartz-IV-Beziehern soll noch in dieser Legislaturperiode entschärft werden. Zwar bleiben die Leistungen des SGB II nachrangig, es darf aber in Zukunft kein Rentenantrag durch das Jobcenter stattfinden, wenn dadurch der Abschläge der Bezug von Altersgrundsicherung droht.

Die Anpassung von Ost- und Westrenten in einem System hat die SPD in den Koalitionsverhandlungen durchgesetzt. Die versprochene Umsetzung muss nun auch kommen.

Da sich die Riester-Rente in ihrer jetzigen Form nicht bewährt hat, brauchen wir neben der Stärkung der gesetzlichen Rente eine grundsätzliche Reform der kapitalgedeckten Alterssicherung. Dabei setzt die SPD vor allem auf eine stärkere Verbreitung der arbeitgeberfinanzierten betrieblichen Altersvorsorge – organisiert durch die Sozialpartner und mit einer besseren Förderung von Geringverdienern.

Mit freundlichen Grüßen,

Burkhard Lischka